



Von Bürgern für Bürger

Nahverkehr selber machen: Menschen schaffen sich Mobilität. Seite 3

Foto: dpa/Arno Burgi

Pipelineprojekt »Na sdarowje«

Findige moldawische Brenner verlegten eine Schnapsleitung – in die Ukraine. Seite 20

Fluch der Waffen

Leseempfehlungen zum Weltfriedenstag. Seite 16

Foto: fotolia/enjoyng

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 1. September 2017

72. Jahrgang/Nr. 204

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Brennpunkt Mumbai

Wolfgang Hübner über die unterschiedliche Wahrnehmung von Umweltkatastrophen

Die Welt schaut auf Texas. In dem US-Bundesstaat hat der Hurrikan »Harvey« katastrophale Verwüstungen angerichtet. Städte wurden überschwemmt, Zehntausende mussten ihre Häuser verlassen, viele wurden obdachlos, es gab Todesopfer. Die Medien berichten darüber ausführlich, und nicht wenige Menschen hoffen, Präsident Trump möge erkennen, dass man mit der Natur keinen Deal machen kann. Und dass die Aufkündigung des Weltklimavertrags ein Fehler war.

In einer anderen Region der Erde herrschen ebenfalls apokalyptische Zustände. Vor allem Teile Indiens, aber auch Nepal und Bangladesch werden in der Monsun-Saison von verheerenden Überflutungen heimgesucht. Mehr als 1500 Menschen verloren dabei ihr Leben. Doch davon erfährt man in westlichen Medien nicht allzu viel. Über Texas sieht man lange Reportagen, über Indien liest man Kurznachrichten. Es ist die Macht der Gewohnheit, Katastrophen jenseits der westlichen Hemisphäre weniger ernst zu nehmen und froh zu sein, dass sie uns nicht heimsuchen. Dabei steht der Westen in der Verantwortung: Sein Reichtum beruht zu einem Gutteil auf der Armut in Afrika und Asien, seine jahrhundertelange Lebens- und Wirtschaftsweise ruiniert den Rest des Planeten. Das Mindeste, was man verlangen kann, ist eine angemessene Berichterstattung über die Krisen dieser Welt. Zumal die eine Weterkatastrophe mit der anderen zusammenhängt. Auch wenn das im Weißen Haus geleugnet wird.

UNTEN LINKS

Falls es sich noch nicht herumgesprochen hat: Der Verdross ist allseitig. Nicht nur das Volk ist politikverdrossen, auch die Politik ist – volksverdrossen. Das Volk, vom Sozialpädagogen Heinrich Heine nicht umsonst als großer Lämmel tituliert, ist aufsässig, mäkelig, undankbar. Und auch noch wählerisch. Manchmal nicht einmal das. Muss sich die Politik alles bieten lassen? Nein. Deshalb findet auf dem Grundstück des Reichstags ein demokratiepolitisches Experiment statt: Dort werden zu Vergleichszwecken zwei Völker gehalten. Zunächst wird die Sache am Tier untersucht, konkret an der Biene. Sachsens Landtag, in dessen Einzugsbereich allerhand Leute meinen, sie seien das Volk, versucht es sogar mit vier Völkern. Alles natürlich unter strenger Aufsicht des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes. Damit rückt endlich in greifbare Nähe, was der Politologe Bertolt Brecht als Vision entworfen hatte: dass die Regierung im Bedarfsfall das Volk auflösen und ein anderes wählen kann. wh

Kiew auf Europakurs

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine tritt in Kraft



Beginn der Maidan-Proteste: Ukrainische Studenten forderten im Herbst 2013 in Kiew die Entscheidung für Westeuropa.

Foto: AFP/Sergei Supinsky

Berlin. Der Euromaidan in der ukrainischen Hauptstadt Kiew begann vor vier Jahren mit Hoffnung auf ein besseres Leben, doch das Ziel blieb fern. Erbitterte Auseinandersetzungen, tödliche Gewalt und Enttäuschungen folgten auf die explosive Absage des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch an das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU. An diesem Freitag tritt der umstrittene Vertrag doch in Kraft – die politischen Verwerfungen halten das Land noch immer in Atem.

Nichts weniger als einen historischen geopolitischen Wechsel vollzog seinerzeit die Ukraine. Statt zur Brücke zwischen Russland und

Westeuropa wurde das Land zum erbittert umstrittenen Konfliktgebiet. Moskau versuchte auch aus militärstrategischen Motiven bis zuletzt mit wirtschaftlichem Druck und verlockenden Finanzhilfen, das Abdriften des Nachbarlandes aus der nachsowjetischen Gemeinschaft und dessen Anbindung an Westeuropa und die NATO zu verhindern.

Die EU erwies sich als taub für russische Interessen, sie forderte eine klare Entscheidung. Zwischen Ost und West wurde das Land hin und her gerissen, von beiden Seiten bedrängt. Mit alledem verbinden sich innen- und außenpolitische Erschütterungen, die bis heute an-

dauern. Ein gewaltsamer und blutiger Machtwechsel erfolgte im Jahre 2014. Die ukrainische Halbinsel Krim wurde unter Hinweis auf ein Referendum ihrer Bevölkerung von Russland übernommen.

Mit einer »Anti-Terror-Operation« sollte der abtrünnige Landesosten, der es mehr mit Moskau und der russischen Sprache hält, von der neuen Kiewer Führung auf Linie gezwungen werden. Seit bald vier Jahren tobt in der Ukraine Krieg. Die UNO zählte mehr als 10 000 Tote und 2,7 Millionen Flüchtlinge. Abkommen wie das von Minsk haben immer noch keinen Frieden gebracht. khe Seite 2

Arbeitsrechtsreform per Dekret

Französische Regierung legt Details vor – Gewerkschaften reagieren unterschiedlich

Mit einer weitgehenden Lockerung des französischen Arbeitsrechts will Präsident Emmanuel Macron den Unternehmen mehr Spielraum geben. Die Details wurden nun vorgestellt.

Von Ralf Klingsieck, Paris

Die französische Regierung hat am Donnerstag den Sozialpartnern die Regierungsdekrete zur umstrittenen Reform des Arbeitsrechts vorgelegt. Die fünf Dekrete mit ihren 36 Maßnahmen müssen noch durch das oberste Verwaltungsgericht geprüft werden, bevor sie, so ist es geplant, vom Ministerrat am 23. September definitiv beschlossen und durch Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft gesetzt werden können. Die Reform sei »anspruchsvoll, ausgewogen und gerecht«, erklärte Premierminister Edouard Philippe vor Journalisten in Paris.

Die Regierung will betriebsbedingte Kündigungen für Firmen in

Schwierigkeiten erleichtern. Zudem sollen laut Philippe der soziale Dialog intensiviert und die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten stabilisiert werden, die 95 Prozent aller Betriebe des Landes ausmachen. »Sie und die in- und ausländischen Investoren brauchen Berechenbarkeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.«

Wie Arbeitsministerin Muriel Pénicaud erläuterte, soll die Reform es vielen Unternehmen ermöglichen, auf Betriebsebene mit den Belegschaften zu verhandeln und etwa bei wechselnder Auftragslage Arbeitszeiten und Bezahlung anzupassen. Dies war bisher den Branchenverbänden vorbehalten. Die sollen aber durch die Reform ebenfalls gestärkt werden: Branchentarifverträge gelten automatisch, wenn auf Betriebsebene keine Einigung erzielt wird. Da Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten weiterhin nicht zur Bildung eines Betriebsrats ver-

pflichtet sind, kann der Unternehmer direkt mit einem gewählten, aber keiner Gewerkschaft angehörenden Belegschaftsvertreter Abkommen aushandeln. Als kleines Zugeständnis an die Gewerkschaften wurde die Grenze nicht, wie von den Unternehmerverbänden gefordert, auf 300 Mitarbeiter hochgesetzt. In Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten sollen zudem der Betriebsrat und die Fachkommissionen für Hygiene und Arbeitssicherheit zu einem Gremium zusammengelegt werden. Dadurch sinkt die Zahl der von der Arbeit freizustellenden Belegschaftsvertreter.

Die Gewerkschaften reagierten unterschiedlich. Die CFDT als größter Dachverband ist enttäuscht über eine Reihe von Details, auch wenn sie die großen Züge der Arbeitsrechtsreform weiter befürwortet. Die Gewerkschaft Force Ouvrière kritisierte ebenfalls Details – sie setzt weiter auf Dialog mit der Regierung und

schließt eine Beteiligung am Aktionstag am 12. September aus, zu dem die linke Gewerkschaft CGT aufgerufen hat. Die lehnt die Reform als einzige komplett ab. Doch da sie damit – anders als vor zwei Jahren beim Kampf gegen eine frühere Arbeitsrechtsreform – allein steht, dürften sich die Proteste in Grenzen halten. Allgemein wird erwartet, dass sich Präsident Macron mit seiner ersten großen Reform durchsetzen kann.

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Mafia und Literatur: Petra Reski im Gespräch

Musik und Rebellion: 80 Jahre E-Gitarre

Zeit und Raum: 60 Jahre Sputnik

Eröffnung des BER frühestens 2019

Flughafengesellschaft gibt neuen Terminplan für Bauarbeiten bekannt

Berlin. Der neue Hauptstadtflughafen kann frühestens im Jahr 2019 eröffnet werden. Das ergibt sich aus den jüngsten Angaben der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg, die am Donnerstag mitgeteilt wurden. Demnach hat die Flughafengesellschaft die Gespräche mit so wichtigen Baufirmen wie Siemens und Bosch abgeschlossen. Einem neuen Terminplan zufolge haben sich die Unternehmen darauf festgelegt, bis zum August 2018 die Bauarbeiten auf der Skandalbaustelle in Schönefeld abzuschließen. »Dieser Terminplan bis zum Beginn der formellen baurechtlich geforderten Wirk- und Prinzipprüfung ist damit die für alle Projektbeteiligten und Baufirmen verbindliche Grundlage ihrer Arbeiten«, erklärte Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup am Donnerstag.

Einen endgültigen Eröffnungstermin für den Flughafen will Lütke Daldrup bis zum Ende dieses Jahres nennen. Weil aber nach einer Fertigstellung noch langwierige Tests folgen, kann der BER somit nicht vor dem Jahr 2019 eröffnet werden. mkr Seite 11

Mehr Todesopfer durch Streubomben

Monitor 2017 in Genf vorgestellt

Genf. Obwohl Streubomben durch eine 2010 in Kraft getretene internationale Konvention weltweit geächtet sind, kamen nach einer neuen Schätzung 2016 durch diese Waffen doppelt so viele Menschen ums Leben wie im Jahr davor. Insgesamt gab es mindestens 971 Opfer, wie aus dem am Donnerstag in Genf präsentierten Streubombenmonitor 2017 hervorgeht. Die weitaus meisten starben dabei im Bürgerkriegsland Syrien, insgesamt 860. Weitere Opfer gab es demnach vor allem in Laos in Südostasien und in Jemen auf der Arabischen Halbinsel.

Einen Lichtblick vermerkt der Bericht für das vergangene Jahr: Der einzige noch bestehende US-Hersteller von Streumunition, Textron Systems, kündigte 2016 die Einstellung der Produktion an. Die USA gehören wie Russland und China nicht zu den 119 Unterzeichnern des internationalen Übereinkommens zum Verbot des Einsatzes und der Herstellung dieser Waffenart. Streubomben setzen beim Einsatz zahlreiche kleinere Sprengsätze, sogenannte Submunitionen, frei. dpa/nd Seiten 4 und 7

ISSN 0323-3375

